

nicht anwesend war, auszubringen. Kurz darauf brachte der zweite Bürgermeister Dr. Wiedenmayer den zweiten Toast aus. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß der beendete Krieg als schönste Frucht zugleich mit dem Kaiserreich den Frieden bringen möge.

Mit ungeheurer Jubel stimmte die Versammlung in das nach obigen Worten dem Kaiser und dem Kronprinzen ausgebrachte Hoch. Das Kaiserreich sollte kein Ende nehmen, bis der Kronprinz andeutete, daß er sprechen wolle. Sogleich trat tiefe Stille ein und unter gespannter Aufmerksamkeit der ganzen Versammlung sprach der Prinz mit weiterschallender Stimme etwa Folgendes: Er wiederholte, was er schon gestern gesagt, daß die Norddeutschen in diesem Kriege die Väteren schätzen und achten gelernt haben, und hoffe, daß das Band, welches die gemeinsamen Kriegsthaten knüpfen, im Frieden fortbestehen und gefestigt werden wird. Das Vertrauen dürfe man zum Kaiser und zu ihm selbst haben, daß sie über alles in diesem Sinne zu wirken bestrebt seien. Vaters Heer könne sich rühmen, daß in dem Kriege jeder seine Schuldigkeit gethan; möge es nun zeigen, daß es sie auch im Frieden zu thun weiß, der, so besser, ein dauernder sein werde. Mit einem Hurrah auf das bairische Heer, in das Alles begeistert einstimmte, schloß der Kronprinz seine Rede. Einmal später erhob sich der greise General v. Hartmann von seinem Sitze und gedachte mit schlichter Rührung der herrlichen Unterstützung, welche die bairischen Armeen im Felde seitens der in der Heimat Zurückgebliebenen erfahren. Es wäre kaum möglich gewesen, meinte der hochbetagte Feldherr, sich so zu schlagen und solche Erfolge zu erringen, wie es geschehen, wenn nicht die Liebesgaben in der Nachhut gestanden wären. Und in diesen Liebesgaben habe sich vorzugsweise die Stadt München hervorgethan, ihr geleite sein Hoch!

Wald nach diesem Toaste rührte sich der Kronprinz und sein Gefolge zum Fortgehen. Auch die königlichen Prinzen entfernten sich kurz darauf. Nun wurden Cigarren herumgereicht und dem offiziellen folgte der gemüthliche Theil des schönen Festes. Den in ununterbrochener Folge fortwährend ausgefallenen Toasten wurde tapfer zugesprochen und die Jungen löbten sich. Toaste auf Toast folgten, der jedesmalige Redner wurde stets, um wemöglich im ganzen Saale verstanden zu werden, aufgefordert, auf den Tisch zu steigen. Trotzdem ließ die schlechte Akustik des Glaspalastes und das Rauschen des Springbrunnens nur das Wenigste von all diesen Reden auch für Fernstehende verständlich werden. Am meisten Anklang fand eine begeisterte, vom Hauptmann Cucumus den deutschen Frauen und Müttern ausgebrachte Oration, dann eine Rede des Hauptmanns Steppes, welcher ausführte, der äußere Feind sei geschlagen, dafür hätten sie, die Soldaten, gesorgt, nun sei es daran, auch den noch viel schwierigeren Kampf gegen den inneren Feind siegreich zu beenden, um zum ungeheuren Frieden zu gelangen. Diese letztere Rede wurde wiederholt von kaiserlichem Beifall unterbrochen und hatte ein lang anhaltendes Hochrufen zur Folge. In ähnlichem Sinne sprach auch Universitätsprofessor Dr. Johannnes Huber. Noch manches weitere treffende und gute Wort fiel und fand freundigen Wiederhall in der Versammlung, die sich erst, als bereits der Tag graute, zu lösen anfieng.

Von der österreichischen Delegation.

Wien, 18. Juli. (Nachtrag) Nach Wiederaufnahme der Sitzung referirt von der Straß über die Vereinbarungen, welche bezüglich der abweichenden Beschlüsse beider Delegationen über das Budget des ankünftigen Ministeriums getroffen wurden. Sie betreffen ein paar Geldposten für die Botschaften Paris und London und die Einstellung der Einkommensteuer des österr. Kloyd bei diesem Ministerium als Bedingung. Die gestellten Anträge wurden ohne Debatte angenommen.

Hierauf referirt Dr. Vanhans über die Differenzen bezüglich des Staatsvorzuges des Reichskriegsministeriums. Auch hier wurden die oben summarisch Vereinbarten angenommen, und ist somit eine vollständige Uebereinstimmung zwischen den Beschlüssen der österreichischen und der ungarischen Delegation erzielt.

Berichterstatter Dr. Vanhans stellt hierauf auch den Antrag, daß die Delegation dem ersten Theil der ersten von der ungarischen Delegation gefassten Resolution sich anschließen möge, wonach der Reichskriegsminister angewiesen ist, in den künftigen Voranschlägen die präliminären Beträge stets auf Basis der im Vorjahre votirten Summen durchzuführen und zu begründen. (Wid angenommen.)

Es wird sogleich zur Verabredung des Gesetzes für den gemeinsamen Staatsvoranschlag geschritten.

Generalberichterstatter Dr. v. Demel verliest daselbe. Hiernach beträgt das ordentliche Erforderniß der gemeinsamen Ausgaben 91,206,453 fl. das außerordentliche Erforderniß 14,232,162 fl. das Gesamtanforderniss belauft sich mithin auf 105,438,615 fl. Hieron ab die Einnahmen des Zollgefalles, welche nach Abzug des Regiepostenpauerschals und der Vermögenssteuererleichterungen hier eingestellt werden, mit 12,000,000 fl. verbleibt als Gesamtanforderniss 93,438,615 fl., wovon die zu Lasten des ungarischen Staatszahes vorher abzugelassenen 4.10 Percent mit 373,754 fl. 46 kr. und von dem Reite v. 93,064,860 fl. 54 kr. die im Sinne des Gesetzes durch die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder zu bedeckenden 70 Percent 65,145,402 fl. 37 kr., die von den Königreichen und Ländern der ungarischen Krone zu bedeckenden 30 Percent 27,919,458 fl. 17 kr. betragen.

„D nein, nein!“ rief sie lebhaft, um stehend hinzuzusetzen: „Im Fall ich Dir nicht nachkommen könnte, mußt Du aber nicht denken, es geschähe in Folge der Worte von Mama, sondern — weil ich wirklich krank wäre.“

„Davor behüte mich doch Gott, daß Du krank würdest! Nein, da reise ich gar nicht ab, wenn Du dergleichen fürchtest.“

„Ich glaube es nicht — ich habe ja nur Kopfschmerz; — aber hielte er, so wäre es mir lieber, hier ein paar Tage ruhig zu leben, als — so müde wie ich heute bin — an eine Reise zu denken.“

„Du sollst ganz thun, wie Du willst, und wir wollen lieber verabreden, daß ich in acht oder zehn Tagen hierher komme, Dich abzuholen, um dann als Erstes mit Dir nach Erlenstein zu reisen.“

„Ja, so soll es sein! — Geschiehe es Dir aber sehr in Baden. Baden, so komme ich zu Dir, oder hast Du einen neuen Plan, so genire Dich nicht meinestwegen.“

„Wenn Du so an Kopfschmerz leidest, dann gebrauche doch den aromatischen Essig, der Dir schon öfter half. Wo ist er?“

„Dort! — In dessen ich werde erst den Umschlag machen, wenn Du fort bist. Ich weiß, Du kannst eine solche Stirnbinde nicht leiden.“

„Ich reise aber erst in einer Stunde, und verschaffe er Dir Erleichterung, wäre es thöricht, die Rücksicht auf mich zu nehmen.“

„So sag mir jetzt Adieu und — ich gebrauche ihn gleich, denn er hilft mir stets.“

(Fortsetzung folgt.)

Literarisches.

Das Neue Blatt 1871 gibt allen Abonnenten monatlich eine große Extrablatt heraus, gratis umfänglich 16 Seiten des Neuen Blatt Formats mit farbigen Schnitt-Bildern auf der Rückseite der Mode-Beilage. Der Preis bleibt wie bisher: 12/4. Ein vierteljährlich pränumerando, gleich: 45 kr. Ein halbjährlich, oder 10 Nr. Dester. Währ. oder 1 franc 60 Centimes. Die letzten eingetragenen Nr. 29 enthält: „Ereignisse in einem alten Kessel.“ von Maxime Zola. — „Aus dem Süden.“ von Paul Heyse. — „Ein Rocco-Medailon.“ von Eusebio. — „Erinnerungen aus der Communezeit.“ von Heinrich Ende. — „Bemerkungen im Bergbaubezirke.“ von B. Kullmann. — „Drei Ritter.“ „Hilf mir.“ „Weicher Reiz.“ „Im Nonnenkloster.“ „Was ist Kriegskrieg.“ „Correspondenz.“ — An Illustrationen folgende: „Mehror.“ „Im Nonnenkloster.“ „Hilf mir.“ „Die Berlin und Reiterhand.“ „Friedrich Wilhelm III. in Berlin.“ — Das Neue Blatt ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Post-Anstalten.

Das Finanzgesetz wird bei der Abstimmung in dritter Lesung endgiltig angenommen.

Inland.

Kronstadt, 23. Juli. „Nemere“ bringt nachstehende interessante Eisenbahnnachricht: Die Mitglieder des Kronstädter Gewerbevereines: Georg Baritiu und Stefan Kasoni waren im Auftrage des Eisenbahncomitès der hiesigen Communität in Bukares, um im Interesse der Eisenbahnverbindung zwischen Kronstadt und der Walachei zu wirken. Nun soll aber in romanischen Regierungskreisen die Ansicht vorherrschen, daß eine durch Samoset nach der Moldau führende Eisenbahnlinie von europäischer Wichtigkeit und der Ausbau einer solchen unbedingt notwendig sei. In den genannten Kreisen interessirt man sich auch für die Linie zur Verbindung Kronstadts mit der Walachei, allein dieselbe wird nur als Flügelbahn in Aussicht genommen und wurde demnach bezüglich derselben auch keine Vereinbarung erzielt. Der Wunsch, daß die in dieser Eisenbahnfrage stets gut unterrichtete „Kronstädter Zeitung“ von dem Ergebnisse der Sendung der Herren Baritiu und Kasoni keine Erwähnung macht und auch die einschlägige Mittheilung des „Nemere“ nicht widerlegt, kann leicht zu der Annahme berechtigen, daß das ungarische Blatt diesmal aus verlässlicher Quelle seine für unsere Stadt nicht sonderlich erfreuliche Nachricht geschöpft haben dürfte.

K. Kaufenburg, 22. Juli. Das Amtsblatt vom 11. d. M. veröffentlicht die Ministerialverordnung über die Amtsstufe der kön. Verordnungs-Juristen und der dem Sprengel derselben zugewiesenen Bezirksgerichte. Es werden somit für das Gesamtterritorium Ungarns mit Inbegriff Siebenbürgens 109 k. Gerichtshöfe und 360 Bezirksgerichte organisirt; hievon entfallen auf die siebenbürgischen Theile 22 Gerichtshöfe erster Instanz und 63 Bezirksgerichte.

Aus dem bereits veröffentlichten Namensverzeichnis erhellt, daß das Ministerium größtentheils auf das Laborat zurückgekommen ist, welches ursprünglich dem 25ger Ausschusse vorgelegt wurde. Die Regierung konnte sichtlich kaum anders handeln, wenn sie überhaupt konsequent bleiben wollte.

Sie dachte dem Erfordernisse der Unparteilichkeit gerecht zu werden, indem sie den in den Ausschussberatungen vereinbarten Mehrbedarf nach seiner Richtung hin berücksichtigte, obgleich es selbst bei dem Umfange, als unter dem Absolutismus für ganz Siebenbürgen sammt den partibus adnexis 10 Kreisgerichte genügen, nicht ganz einleuchtend ist, weshalb die Kosten für einige Gerichtshöfe und Bezirksgerichte mehr nicht zu erwägen wären in einem Lande, wo Millionen verausgabt werden für minder wichtige und minder dringende Sachen, als es eine gut geordnete Justizpflege ist.

Dabei wollen wir aber zusetzen, daß wir nunmehr post festum jede weitere Bemerkung für veripst halten.

Vergebens würden wir beispielsweise unser Bedauern darüber aussprechen, daß manche Jurisdiction keinen einzigen Gerichtshof erhielt, während ein anderes Komitat, oder ein anderer Stuhl, wo bisher nur ein Gericht war, durch die Ministerialverordnung jetzt mit zwei Gerichtshöfen bedacht wurde.

Die Dite, welche darauf rechnen, allein nicht bedacht worden sind, mögen sich vordringend damit trösten, daß es ihnen gelungen ist, für ihre Bezirksgerichte die Grundbuchagenten zu erlangen, obwohl es Manche gibt, denen nicht einmal die Besorgung der Urtheile war, ungeachtet dessen, daß dieses im Interesse ihres volkswirtschaftlichen Betriebes gelegen wäre.

Diesem möge es noch wirksamern Trost gewähren, daß die gegenwärtig zu organisirenden Amtsstufe der Gerichtshöfe nicht für die Ewigkeit berechnet sind, denn im Sinne des §. 7 des 32. Gesetzartikels vom Jahre 1871 muß das diesbezüglich durchgeführte Operat nach 2 Jahren überprüft werden und da ist die Möglichkeit durchaus nicht ausgeschlossen, daß — falls auf Grund nichtaltiger Daten und praktischer Erfahrung die Nothwendigkeit der Ersetzung von noch einigen Gerichtshöfen sich herausstellen sollte — gerade jene Dite einen solchen erhalten können, welche für diesmal leer ausgegangen sind.

Mit der Bestimmung der Amtsstufe der Gerichtshöfe und Bezirksgerichte ist somit die Organisirung der Justiz in Angriff genommen; nun soll die Ernennung des Personals folgen.

Zur Besetzung der Präsidenten- und kön. Anwalts-Stellen ist demzufolge im Amtsblatt die Konkursausreibung erfolgt.

Der neue Justizminister beabsichtigt demnach vorerst die Präsidentenstellen zu besetzen und rücksichtlich der Ernennung des übrigen Personals die Meinung der Präsidenten einzuholen.

Es ließe sich hiegegen zwar Manche einwenden; allein andererseits ist auch der Justizminister nicht in der Lage, für sich allein die Fähigkeit und Verlässlichkeit von mehreren tausend Competenten gehörig beurtheilen zu können. Das kann unrettbar viel zweckmäßiger durch die Präsidenten vermittelt werden, welche die Competenzen aus ihrem Sprengel persönlich oder doch näher kennen. Ueberdies darf man doch der Hoffnung Raum geben, daß bei der Unparteilichkeit und dem Takte des Justizministers auf den Vertrauensposten des Präsidiums der Gerichtshöfe nur die Würdigsten und Fähigsten berufen werden.

Aber auch diesen muß die gemessene Weisung erteilt werden, ihre gründlichen Berichte über die Concurrenten auf die übrigen Gerichtsstellen gründlich zu motiviren, dann ohne Neigung für die ihrer eigenen Nationalität oder Confession Angehörigen, ebenso ohne Abneigung gegen die Concurrenten anderer Nationalität oder Confession, bloß vom Gesichtspunkte der Billigkeit und Gerechtigkeit geleitet, ausführlich darzulegen, warum sie den Einen und nicht den Andern empfehlen.

Soll das Interesse der Rechtspflege in den Augen des Publikums gewahrt werden, so müssen die Präsidenten bei ihren Vorschlägen auch den leichtesten Grund meiden, welcher die öffentliche Meinung zu der Annahme berechtigt, sie hätten durch ihre Parteilichkeit das schädliche Protectionssystem und neue Organisirungsmittel hineingeschummelt.

„Kollisions-Rödlung“ will dem Justizminister die Ernennung der Richterpräsidenten ungemein erleichtern. Das genannte Blatt macht nämlich allen Entsch des Vorschlag, der Justizminister möge nach Ablauf des Concursstermines das Namensverzeichnis aller Concurrenten veröffentlichten, und zwar unter Angabe des Gerichtshofes, auf dessen Präsidentenstelle der Eine oder Andere aspirirt, dann möge zur besseren Orientirung des Ministers die öffentliche Meinung im Wege der Presse ihre Stimme darüber abgeben, wer die Befähigtesten und Würdigsten seien.

Dadurch glaubt das Blatt sehr natü, könne dem Protectionssystem am sichersten ein Nadel vorgeschoben werden, vergißt aber dabei, daß gerade in öffentlichen Blättern und überhaupt wenn dieselben Parteiorgane sind mit und auch ohne Wissen der Redactionen sehr oft unwillkürliche Protectionen geübt zu werden pflegen.

Vorgestern hat der 63ger Organisirungs-Ausschuß des Kolozer Komitates das Gutachten seiner 2 Section über Beamten- und Salariat-Status des Ministeriums einer eingehenden Berathung unterzogen und an dem Sectionssprezate, mit dessen Referat Oberstleutnant Michael Scheffgen betraut war, einige Abänderungen vorgenommen. So wurden z. B. statt der beantragten 3 Vicenotstellen 4 ipremistler; weiters wurden in dem Statut der „äußern“ Vicenotämten noch zwei Thierärzte mit dem Sitze in Moos und Banffy-Hunyad aufgenommen. Der Vizigepan soll die Ermächtigung haben, den Beamten einen sechswohentlichen Urlaub zu erteilen. Die größte Debatte entstand bei der Feststellung der Beamtengehälter. Mittels namenhafter Abstimmung wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Die Localitäten im Komitatgebäude dürfen zu Wohnungen für Beamten

nicht verwendet werden; die Gehälter selbst werden folgenderweise festgesetzt: Vizigepan 2200 fl., Obernotar 1600 fl., Präses des Vap Lenauensis 1200 fl., Physicus 800 fl., öffentlicher Vermund 800 fl., Stubtschreiber 900 fl., Bezirksvicenotar 300 fl., Förster 400 fl., Vicenotar 800, 700 und 600 fl. Die berittenen Amtsboten und Hofboten erhalten Uniform. Das Gesamtamtspauschale für das Rangjahr wurde mit 2000 fl. festgesetzt.

Die nach der „Reform“ von den übrigen Blättern getradete Mittheilung über das „blutige“ Duell zwischen M. (Matray) und L. (Lofoncy) ist insoweit unrichtig, als weder der Eine im Gesicht, noch der Andere am Arm verwundet ist. Die beiden Herrn hatten allerdings einen heftigen Wortwechsel mit einander, allein „blutig“ konnte das Duell — falls daselbe auch stattgefunden haben sollte — schon deshalb nicht gewesen sein, weil die Betheiligten bis jetzt ohne Spuren einer Verwundung ihrer gewöhnlichen Beschäftigung obzuliegen vorzogen.

Peft, 21. Juli. Die der Hon aus verlässlicher Quelle erfährt, wird der Minister-Präsident Graf Andras gegen Svetogaz Matiec, welcher ihn in dem Journale Zafava der Theilnahme an der Ermordung des Fürsten Michael von Serbien beschuldigte, als Privatmann einen Proceß anstrengen.

Peft, 21. Juli. Der Ministerrath hat den Regulierungs-Gesetzeswurf für die Hauptstadt bereits festgesetzt. Die Union von Pest und Ofen ist principieil entschieden. Die Hauptstadt wird auch Alt-Ofen und die Margarethen-Insel umfassen.

Peft, 21. Juli. Das Budget für 1872 ist beinahe fertig und wird dem Reichstage sofort beim Zusammenritte desselben vorgelegt werden.

„Napó“ erzählt, die Liste städtischer Obergepáne sei vorgestern mit königlicher Sanktion versehen herabgelangt. Es sind 22 Ernennungen, welche in zwei Serien publicirt werden. Die erste, größere wird demnächst veröffentlicht.

Peft, 21. Juli. Nach dem ungarischen Kloyd ist die Abberufung des Grafen Chotel aus Petersburg eine entschiedene Sache. Graf Chotel soll Statthalter von Böhmen werden. Auch bei der römischen Botschaft ist ein Wechsel bevorstehend.

Wien, 21. Juli. Die Meldung, daß in einer diesmahligen Ministerraths-sitzung das Einberufungsmandat für die Landtage beschlossen worden, ist insoweit verrißt, als die Parteiführer aus Böhmen, mit welchen der Einberufungstermin der Landtage festgesetzt werden soll, erst in den nächsten Tagen hier eintreffen.

Dem Vernehmen nach ist die Anordnung von Neuwahlen für sämtliche Landtage eine beschlossene Sache.

Der Papst nahm die Resignation des Bischofs von Neusohl Szuppan an; sein Nachfolger wird wahrscheinlich der Erlauer Domherr Jpoli. Das Rosenauer Bisthum erhält der Domherr Schopper, Vektor des „Bazmanums“.

Wien, 22. Juli. Nach einer Meldung des „Tagbl.“ wird Graf Weust in Reichenberg für den böhmischen Landtag kandidiren. — Das „Vaterland“ erzählt, Weust habe die bekannte Bischofspetition für die Wiederherstellung des päpstlichen Staatsgebietes in einem Schreiben an Kaiserthron beauftragt, daß Oesterreich seine Politik Italien gegenüber nicht ändern könne. — Nach der „N. fr. Presse“ wird die Gründung einer austro-ungarischen Gesandtschaft vorbereitet.

Wien, 22. Juli. Graf Alois Karolvi ist zum Botschafter in Berlin ernannt. — „Kroj“ erhielt auf seine, bei der hiesigen französischen Botschaft eingebrachte Bitte um Intervention für die in Versailles unschuldig gefangen gehaltenen Polen die Antwort, die französische Botschaft könne in keiner Weise in einer solchen Frage interveniren.

Wien, 22. Juli. Der Sonntagserkehr an der Börse ist während des Sommers eingestellt und der Straßenerkehr wurde von Seiten der Polizei unterzagt.

Graß, 21. Juli. Die hiesige amtliche Zeitung widmet der Delegation einen anerkennenden Nachruf.

Die Abgeordneten Seidl und Brandstetter erhielten von mehreren liberalen Vereinen Vertrauensabtheilungen für ihre Haltung in der letzten Session.

Heute fand eine Ausschussung des Bürgercorps statt. Major Kogbeck beantragte kurzweg die Auflösung der liberalen Jägertruppe, weil diese keine Befehle nicht respektirt. (Major Kogbeck hatte den päpstlichen Nuntius bei seinem Eintreffen in Graß im Namen des Bürgercorps begrüßt und die Jägertruppe hatte gegen diesen Mißbrauch protestirt.) Die Dissidenten stimmten dem Antrage bei. Die Vertreter des Jägercorps legten dagegen Verwahrung ein. Der Bürgermeister gab die Erklärung ab, nur die Regierung könne das Jägercorps auflösen und beantrage, ein Comité zur Verabredung neuer Statuten zu wählen. Nach heftigen Debatten wurde dieser Antrag angenommen. Die Stimmung in den Kreisen des Jägercorps ist sehr erbitert.

Graß, 21. Juli. „Postkol“ ist unzufrieden mit Hohenwart's unentschiedener, zaudernder Politik. Durch dieselbe komme das Ministerium in ein solches Licht bei seinen Feinden und gewinne kein Vertrauen beim Gesandvolke. „Postkol“ verlangt statt Phrasen endlich Thaten. Bisher habe Hohenwart nur Besonnenheit, aber nicht Entschlossenheit gezeigt. — „Marodni Ely“ sagen: Hohenwart ergebe sich betref der Geschehn in Jullusionen; er werde dieselben nicht einschüchtern.

Graß, 21. Juli. Man spricht davon, daß der Oberlandesgerichtsrath Mathiasch, ein Freund des Justizministers Habierinet, Oberstaatsanwalt in Prag mit dem Titel eines Hofraths werden soll.

Der von dem deutschen Gesandten veröffentlichte Wahstreformentwurf stammt von Hofrath Neubauer und ist schon vor einigen Monaten ausgearbeitet worden.

Budweis, 21. Juli. Heute Vormittags kam der Kronprinz hier an. Eine zahlreiche Volksmenge begrüßte ihn. Nachmittags wurde die Reise über Graß nach Jistritz fortgesetzt.

Leuberg, 21. Juli. Diemitt Polski sagt, Soluchowski's Ernennung treibe den misvergnügten Theil der ministeriellen politischen Clique in das Lager der Opposition.

Triest, 22. Juli. Die Gründung einer Segelschiffahrtsgesellschaft für den Meslerport nach Brasilien wird hier beabsichtigt.

Musland.

Berlin, 21. Juli. Die Kreuzzeitung bezieht die Mittheilung, der Kaiser werde sich in der nächsten Woche nach Wiesbaden begeben, als durchaus unrichtig. Vor Beendigung der Cur, also Anfangs August, ist an weitere Reisen nicht zu denken. Ueber die Art der Nachcur scheint bisher keine Bestimmung getroffen zu sein. Uebrigens bekommt die Emier Cur dem Kaiser sehr wohl.

Minister Eulenburg ist heute in Berlin eingetroffen.

Berlin, 21. Juli. Der Staatsanzeiger veröffentlicht eine königliche Verordnung, daß die im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten jetzt bestehenden geordneten Abtheilungen für evangelische und katholische Kirchen-Angelegenheiten aufgehoben und deren Geschäfte einer Abtheilung für geistliche Angelegenheiten übertragen werden.

Der Staatsanzeiger setzt in einem längeren Artikel die Motive zu diesem Beschlusse auseinander. Die Aufgabe der Abtheilung für katholische Kirchen-Angelegenheiten, welche im Jahre 1841 errichtet wurde, war zunächst die Erledigung einer Reihe von Arbeiten und Streitpunkten aus der Periode der Sacularisationen. Diese sind gegenwärtig zumeist erledigt. Auch die Auseinandersetzung zwischen den der katholischen Kirche verfassungsmäßig zugewiesenen und der Staatsgewalt vorbehaltenen Rechten sei nunmehr beendigt, mithin sei kein Bedürfnis für eine getrennte Abtheilung für katholische Kirchen-Angelegenheiten vorhanden.

Gbeniowen's evangelische Kirche. Auch für die evan. einer klaren Soud neue Einrichtung der evangelischen Kirche.

Berlin, 21. Juli. Die Kreuzzeitung bezieht die Mittheilung, der Kaiser werde sich in der nächsten Woche nach Wiesbaden begeben, als durchaus unrichtig.

Minister Eulenburg ist heute in Berlin eingetroffen.

Berlin, 21. Juli. Der Staatsanzeiger veröffentlicht eine königliche Verordnung, daß die im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten jetzt bestehenden geordneten Abtheilungen für evangelische und katholische Kirchen-Angelegenheiten aufgehoben und deren Geschäfte einer Abtheilung für geistliche Angelegenheiten übertragen werden.

Der Staatsanzeiger setzt in einem längeren Artikel die Motive zu diesem Beschlusse auseinander. Die Aufgabe der Abtheilung für katholische Kirchen-Angelegenheiten, welche im Jahre 1841 errichtet wurde, war zunächst die Erledigung einer Reihe von Arbeiten und Streitpunkten aus der Periode der Sacularisationen.

Diese sind gegenwärtig zumeist erledigt. Auch die Auseinandersetzung zwischen den der katholischen Kirche verfassungsmäßig zugewiesenen und der Staatsgewalt vorbehaltenen Rechten sei nunmehr beendigt, mithin sei kein Bedürfnis für eine getrennte Abtheilung für katholische Kirchen-Angelegenheiten vorhanden.

Paris, 21. Juli. Die Kreuzzeitung bezieht die Mittheilung, der Kaiser werde sich in der nächsten Woche nach Wiesbaden begeben, als durchaus unrichtig.

Minister Eulenburg ist heute in Berlin eingetroffen.

Berlin, 21. Juli. Der Staatsanzeiger veröffentlicht eine königliche Verordnung, daß die im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten jetzt bestehenden geordneten Abtheilungen für evangelische und katholische Kirchen-Angelegenheiten aufgehoben und deren Geschäfte einer Abtheilung für geistliche Angelegenheiten übertragen werden.

Der Staatsanzeiger setzt in einem längeren Artikel die Motive zu diesem Beschlusse auseinander. Die Aufgabe der Abtheilung für katholische Kirchen-Angelegenheiten, welche im Jahre 1841 errichtet wurde, war zunächst die Erledigung einer Reihe von Arbeiten und Streitpunkten aus der Periode der Sacularisationen.

Diese sind gegenwärtig zumeist erledigt. Auch die Auseinandersetzung zwischen den der katholischen Kirche verfassungsmäßig zugewiesenen und der Staatsgewalt vorbehaltenen Rechten sei nunmehr beendigt, mithin sei kein Bedürfnis für eine getrennte Abtheilung für katholische Kirchen-Angelegenheiten vorhanden.

Paris, 21. Juli. Die Kreuzzeitung bezieht die Mittheilung, der Kaiser werde sich in der nächsten Woche nach Wiesbaden begeben, als durchaus unrichtig.

Minister Eulenburg ist heute in Berlin eingetroffen.

Berlin, 21. Juli. Der Staatsanzeiger veröffentlicht eine königliche Verordnung, daß die im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten jetzt bestehenden geordneten Abtheilungen für evangelische und katholische Kirchen-Angelegenheiten aufgehoben und deren Geschäfte einer Abtheilung für geistliche Angelegenheiten übertragen werden.

Der Staatsanzeiger setzt in einem längeren Artikel die Motive zu diesem Beschlusse auseinander. Die Aufgabe der Abtheilung für katholische Kirchen-Angelegenheiten, welche im Jahre 1841 errichtet wurde, war zunächst die Erledigung einer Reihe von Arbeiten und Streitpunkten aus der Periode der Sacularisationen.

Diese sind gegenwärtig zumeist erledigt. Auch die Auseinandersetzung zwischen den der katholischen Kirche verfassungsmäßig zugewiesenen und der Staatsgewalt vorbehaltenen Rechten sei nunmehr beendigt, mithin sei kein Bedürfnis für eine getrennte Abtheilung für katholische Kirchen-Angelegenheiten vorhanden.

Paris, 21. Juli. Die Kreuzzeitung bezieht die Mittheilung, der Kaiser werde sich in der nächsten Woche nach Wiesbaden begeben, als durchaus unrichtig.

Minister Eulenburg ist heute in Berlin eingetroffen.

Berlin, 21. Juli. Der Staatsanzeiger veröffentlicht eine königliche Verordnung, daß die im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten jetzt bestehenden geordneten Abtheilungen für evangelische und katholische Kirchen-Angelegenheiten aufgehoben und deren Geschäfte einer Abtheilung für geistliche Angelegenheiten übertragen werden.

Der Staatsanzeiger setzt in einem längeren Artikel die Motive zu diesem Beschlusse auseinander. Die Aufgabe der Abtheilung für katholische Kirchen-Angelegenheiten, welche im Jahre 1841 errichtet wurde, war zunächst die Erledigung einer Reihe von Arbeiten und Streitpunkten aus der Periode der Sacularisationen.

Diese sind gegenwärtig zumeist erledigt. Auch die Auseinandersetzung zwischen den der katholischen Kirche verfassungsmäßig zugewiesenen und der Staatsgewalt vorbehaltenen Rechten sei nunmehr beendigt, mithin sei kein Bedürfnis für eine getrennte Abtheilung für katholische Kirchen-Angelegenheiten vorhanden.

Paris, 21. Juli. Die Kreuzzeitung bezieht die Mittheilung, der Kaiser werde sich in der nächsten Woche nach Wiesbaden begeben, als durchaus unrichtig.

Minister Eulenburg ist heute in Berlin eingetroffen.

Berlin, 21. Juli. Der Staatsanzeiger veröffentlicht eine königliche Verordnung, daß die im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten jetzt bestehenden geordneten Abtheilungen für evangelische und katholische Kirchen-Angelegenheiten aufgehoben und deren Geschäfte einer Abtheilung für geistliche Angelegenheiten übertragen werden.

Der Staatsanzeiger setzt in einem längeren Artikel die Motive zu diesem Beschlusse auseinander. Die Aufgabe der Abtheilung für katholische Kirchen-Angelegenheiten, welche im Jahre 1841 errichtet wurde, war zunächst die Erledigung einer Reihe von Arbeiten und Streitpunkten aus der Periode der Sacularisationen.

Diese sind gegenwärtig zumeist erledigt. Auch die Auseinandersetzung zwischen den der katholischen Kirche verfassungsmäßig zugewiesenen und der Staatsgewalt vorbehaltenen Rechten sei nunmehr beendigt, mithin sei kein Bedürfnis für eine getrennte Abtheilung für katholische Kirchen-Angelegenheiten vorhanden.

Paris, 21. Juli. Die Kreuzzeitung bezieht die Mittheilung, der Kaiser werde sich in der nächsten Woche nach Wiesbaden begeben, als durchaus unrichtig.

Minister Eulenburg ist heute in Berlin eingetroffen.

